geschäften und Aufträgen, die er von den Konsulaten erhielt. Er hatte ein Fachgesicht, war zunächst kriechend höflich und markierte einen geradezu aufreibenden Diensteifer.

Zunächst sollte er unsere Billetts lösen und das Gepäck befördern. Als das eine Ewigkeit dauerte, sahen wir zum Rechten. Es war die alte Geschichte wie am Abend vorher. Die Bahnbeamten erteilten keine Auskunft. Sie hörten bei den Fragen ruhig zu, sahen uns darauf von oben bis unten verächtlich grinsend an, drehten sich schweigend um und gingen ihrer Wege. Es gehörte eine große Selbstüberwindung dazu, einem solchen Verhalten gegenüber die Ruhe zu bewahren. Fahrpläne, Tarife usw. waren nur in japanischen Schriftzeichen angeschlagen, die für den Ausländer unverständlich sind, vom Chinesen dagegen gelesen werden können. Hier konnte man sich also auch nicht Rat holen. Erst als die Beamten merkten, daß wir nicht locker ließen, und sie auf Schritt und Tritt mit unserem Dolmetscher begleiteten, bequemten sie sich dazu, ganz gemächlich an die Gepäckbeförderung, die mit dem Abwiegen begann, heranzugehen. Der Zug stand inzwischen zur Abfahrt bereit, so daß wir fürchteten, es würde uns wie anderen Herren ergehen, von denen wir wußten, daß die Bahnbeamten absichtlich so lange Aufenthalt mit dem Gepäck bereitet hatten, bis der Zug abfuhr. Doch auf die Andeutung hin, daß wir das unabgewogene Gepäck durch unsere Leute verladen lassen und ohne Billetts mitfahren würden, wurde auch diese Angelegenheit schleunigst beschleunigt.

Inzwischen hatte mir der Dolmetscher, unsere einzige Stütze in diesem Durcheinander, ein Päckchen Dollarnoten nach dem andern abgenommen, das er immer in Schweiß gebadet, im Laufschritt ankommend, abholte. Bald waren unsere Billetts, bald der Fahrpreis der Pferde, bald das Gepäck die Begründung, und immer fuchtelte er wild mit den Händen in der Luft herum und zeigte nach dem bereitstehenden Zuge, wenn ich mir eine nähere Auskunft über den Preis erbitten wollte.

Als wir schließlich im Zuge saßen und im letzten Augenblick unser Dolmetscher mit kühnem Satz wie aus der Pistole geschossen in das Abteil sauste, während der Zug schon in Bewegung war, und als er triumphierend ob seiner riesigen Tätigkeit und seiner Ehrlichkeit, von den empfangenen 200 Dollar 4 zurückreichte, da siegte endlich der Humor. Und von dieser Seite aus haben wir auch die späteren Erfahrungen unangenehmer Natur stets betrachtet, so daß uns nichts mehr anfechten konnte.

Nun hatten wir auch Zeit, uns in unserer Umgebung etwas umzusehen. Ein Wagenabteil 2. Klasse (1. Klasse gibt es nicht), so nannte sich der Kasten stolz. Mit seinen alten Holzbänken und seinem sonstigen verwahrlosten Inhalte hätte er daheim nicht mehr 2 Klassen niedriger rangieren können. Aber das hätte ja weiter noch nichts zu sagen gehabt. Doch die drangvoll fürchterliche Enge! Eingekeilt zwischen Japanern und Chinesen, von denen jeder ein anderes Mischungsgeräuchstück über sich, unter sich oder auf dem Schoße hatte! Dazu die Luft! Nur wer den süßlichen Knoblauchduft der Chinesen kennt, kann sich eine Vorstellung machen; aber nur der.

Wir setzten also unsere Hoffnungen auf das Umsteigen in Tschifiau, wo wir den Anschluß an die Bahn Chorbin-Mukden-Port Arthur bekommen sollten. Auf dieser großen Strecke mußte es doch besser werden, vielleicht verkehrte dort gar ein Speisewagen, wie auf der Nordchinesischen Eisenbahn.

Deutsches Reich.

Leipzig, 16. April.

* **Bückeburger Festtage.** Zu der heutigen Feier der silbernen Hochzeit des Fürsten Georg und der Fürstin Marie Anna zu Schaumburg-Lippe hat die Stadt Bückeburg Festschmuck angelegt. Insbesondere die Bahnhofstraße, die vom Bahnhof auf das fürstliche Schloß zu führt, ist mit einer würdigen fortlaufenden Dekoration von Flaggenmasten, Girlanden, Obelisken und Triumphbögen versehen. Zu der Feier haben sich bereits versammelt die Familie des fürstlichen Hauses, darunter Erbprinz Adolf, ein Bruder des Fürsten zu Schaumburg-Lippe mit seiner Gemahlin, einer Schwester des Kaisers, ferner Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg mit Gemahlin und die Herzogin Maximilian von Württemberg. Weiter sind eingetroffen der General der Kavallerie von Pösting und der Gesandte v. Bülow. Von vormittags 10 Uhr ab empfing gestern das Fürstenpaar die Deputationen aus dem Lande.

* **Sächsische Steuern.** Ueber 134 Millionen Mark sind im Jahre 1905 in Sachsen an Reichs- und Staatssteuern aufgebracht worden. Hiervon kommen auf die direkten Steuern 57 549 000 ℳ. Den Hauptteil mit 45 190 000 ℳ bringt die Einkommensteuer; dann folgen die Grundsteuer mit 4 440 000 ℳ und die Ergänzungssteuer mit 3 721 000 ℳ. Die indirekten Steuern brachten insgesamt 76 798 500 ℳ. Davon entfallen 5 759 000 ℳ auf Landesabgaben (vom Fleisch) und 71 040 000 ℳ auf Zölle und Steuern verschiedenster Art, die das Reich erhebt. An erster Stelle stehen die Eingangszölle mit 52 354 500 ℳ, dann folgt die Branntweinsteuer mit zusammen 8 872 600 ℳ, hierauf die Brausteuer mit 3 270 800 ℳ und die Uebergangsabgabe vom Bier mit 1 090 000 ℳ.

c. **Die Ausbreitung der Tschechen in Sachsen.** Die tschechische Agitation greift auch über Böhmen hinaus nach Sachsen. Sie wird von Prag aus geleitet. Dieser Tage versammelten sich an 300 Tschechen, die in Dresden und Umgebung wohnen, zu einer Versammlung in Dresden, in welcher der Sekretär des Nationalrates in Prag das Referat erstattete. Man beschloß, eine fromme Organisation durchzuführen behufs einmütigen Vorgehens in tschechisch-nationalen Sachen. Zu Ostern feierte der Verein „Alkohol" in Dresden ein Jubiläum, das durch eine tschechische Theatervorstellung im Palmengarten und eine Akademie mit Tanz begangen wurde. Das schöne Dresden scheint ein Lieblingsplatz der tschechischen Gesellschaft zu sein. Indes auch in Leipzig scheint es den Tschechen zu gefallen. Man macht dort erfolgreich „Stimmung" für sich. Zwei Jahre hintereinander konzertierte die Sängervereinigung tschechischer Lehrer, die auch zweimal in Dresden auftrat, in der Pleißenstadt. Und wer wollte es den Tschechen verdenken, wenn sie sich auch dort mehr und mehr einnisten. Fehlt es doch keineswegs an Entgegenkommen gegenüber den Stimmung machenden Sängern. So meldete das Prager tschechische Blatt „Narodni Politika" vor einigen Tagen unter der Spitzmarke „Großer Erfolg des tschechischen Gesanges in Leipzig" u. a.: Die tschechischen Sänger wurden vom Universitätsprofessor Schepping, welcher an der Leipziger Universität slawische Philologie vorträgt, tschechisch (!) begrüßt. Dieser Professor trug — wie die „Narodni Politika" besonders hervorhebt — im verflossenen Semester über „tschechische Poesie und Svatopluk Čech" vor. Das Konzert hatte einen unerwarteten Erfolg: die Männerchöre tschechischer Komponisten erweckten allgemeine Bewunderung und waren von donnerartigem Beifall und Hervorrufen begleitet. Der tschechische Triumph auf deutschem Boden war ein vollständiger."

* **Bahnpostwagen als Schutzwagen.** Zu dieser in der letzten Zeit auch von uns eingehend gewürdigten Frage entnehmen wir der „Deutschen Postzeitung" einen Bericht über ein Vorkommnis, das diesem Blatte von einem Augenzeugen zugegangen ist und den wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu sollen glauben, weil er die bekannten „betriebstechnischen" Gründe der Eisenbahnverwaltung in einem recht eigentümlichen Lichte erscheinen läßt. Am 27. März wurde der Bahnpostwagen im Zuge 21 der Strecke Basel-Frankfurt, der von Heidelberg bis Frankfurt immer als Schutzwagen läuft, in Heidelberg ausgesetzt. Das Bahnpostpersonal siedelte mit der Briefpost in den folgenden Wagen, einem direkten Personenwagen nach Wiesbaden zweiter und dritter Klasse, der nunmehr Schutzwagen sein sollte, über. Auf der Station Friedrichsfeld wollten mehrere Offiziere vom 87. Regiment die zweite Klasse des Wiesbadener Wagens benutzen; die Wahrnehmung aber, daß dieser Wagen als Schutzwagen laufen sollte, veranlaßte sie, die Benutzung des Wagens abzulehnen und die Forderung zu erheben, daß ein Packwagen als Schutzwagen eingestellt werde. Der Stationsbeamte kam dieser Forderung bereitwilligst nach, und der Zug fuhr mit mehreren Minuten Verspätung ab. Es ist erfreulich, daß die Eisenbahnverwaltung solchen berechtigten Wünschen des reisenden Publikums nachkommt und daß in solchen Fällen die betriebstechnischen Gründe in den Hintergrund treten. Mit dem mindestens gleichen Rechte aber müßte die Post für ihre Bahnpostwagen und -Beamten das gleiche Entgegenkommen erwarten dürfen.

* **Die Etatsstärke des deutschen Heeres für 1907** beträgt 25 111 Offiziere, 2255 Militärärzte, 687 Veterinäre, 1070 Zahlmeister, 1133 untere Militärbeamte, 84712 Unteroffiziere, 500 664 Gemeine und 110 485 Pferde. Von den Veränderungen gegenüber dem Rechnungsjahr 1906 sind vor allem die bei den Stäben der Infanterie-Regimenter, der Jäger- und Schützen-Bataillone und der Fußartillerie-Regimenter neugeschaffenen 196 Stellen für Hauptleute zu erwähnen. Es handelt sich um den sog. „13. Hauptmann", der zwar bisher schon durchweg vorhanden war, dessen Stelle aber zum ersten Male im Etat erscheint. Die Denkschrift weist die Notwendigkeit der Schaffung dieser Stellen überzeugend nach. Im Mobilmachungsfalle wird er in erster Linie zum Führer des Ersatzbataillons bestimmt sein. Gemäß dem Gesetz vom 15. April 1905 werden am 1. Oktober 1907 neu gebildet: 1 Bataillon Infanterie (Straßburg i. E.), 1 Bataillon Pioniere (Grandenz), 1 Telegraphen-Bataillon (Nr. 4, Karlsruhe) nebst Funkentelegraphenabteilung und 1 Bespannungsabteilung für das neue Telegraphen-Bataillon. Bei jedem der 4 Telegraphen-Bataillone wird, wie schon gemeldet, am 1. Oktober eine Funkentelegraphenabteilung errichtet. Bei den Verkehrstruppen wird, wie ebenfalls schon kurz berichtet, am 1. April eine Kraftfahrabteilung geschaffen. Aufgabe der Abteilung ist es, die Kriegsbrauchbarkeit und kriegsmäßige Verwendung von Personen- und Lastkraftfahrzeugen zu erproben. Um für den Kriegsfall geeignetes Führerpersonal sicher zu stellen, werden Berufschauffeure im 2. Dienstjahre bei den Verkehrstruppen ausgebildet. Das Festungsbau-Unterpersonal erfährt eine durchgreifende Neugestaltung.

* **Englische Redakteure in Deutschland.** Der Vorbereitungsausschuß für den Gegenbesuch der englischen Journalisten teilt mit: Die Gastfreundschaft, welche eine große Anzahl deutscher Redakteure als repräsentative Vertreter der deutschen Oeffentlichkeit im vorigen Sommer in England gefunden haben, soll nunmehr erwidert werden. Es hat sich zu diesem Zwecke ein großer Ausschuß gebildet, in welchem die maßgebendsten Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens vertreten sind, und welchem der Herzog v. Trachenberg, Fürst v. Hatzfeld, Franz von Mendelssohn und Friedrich Dernburg präsidieren. Einladungen sind ergangen an etwa 70 führende englische Blätter, deren Interesse für den Besuch als gesichert betrachtet werden darf. Die englischen Journalisten sollen ihren Besuch nicht auf Berlin beschränken, sondern durch eine Reihe leitender Städte des Deutschen Reiches geführt werden, in denen sich bereits Lokalkomitees gebildet haben, um einen würdigen Empfang der englischen Gäste vorzubereiten. In diesen Lokalkomitees haben sich überall die Spitzen der kommunalen Körperschaften und die führenden Persönlichkeiten der Gesellschaft zusammengefunden. Der Norddeutsche Lloyd wird einen Sonderdampfer nach Dover senden, wo am 26. Mai die Abfahrt der englischen Herren erfolgen soll. Die Reise, die auf eine Dauer von zwölf Tagen berechnet ist, geht von Bremen über Hamburg nach Berlin, wo ein Aufenthalt von 2½ Tagen vorgesehen ist; von da nach Dresden, München, Frankfurt und Köln, wo der offizielle Teil der Fahrt seinen Abschluß finden wird. Die Regierungen des Reiches und der Bundesstaaten haben den Unternehmern ihr wohlwollendes Interesse und die Beteiligung an der Ehrung der Gäste zugesichert.

-e- **Das Einklispaket.** Der Verband Sächsischer Industrieller beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 9. April d. J. unter anderem auch mit dem Antrage des Verbandes reisender Kaufleute an die Reichspostverwaltung betr. Einführung eines Einklispaketes. Es soll durch dieses Einklispaket einem lästigen Uebelstande abgeholfen werden, welcher darin liegt, daß Sendungen, welche das für die Warenproben zulässige Gewicht von 350 Gramm überschreiten, das teuere Paketporto zahlen müssen, das den Wert der gesandten Ware nicht selten übersteigt. Es kommen hierbei besonders Ersatzteile zu Reparaturzwecken, Muster 2c. in Betracht. Der Verband Sächsischer Industrieller erblickt in der Einführung der projektierten Einklispakete mit dem Frankobetrage von 30 ₰ durch alle Zonen ohne Begleitadressen eine wesentliche Verkehrserleichterung und beschloß, die Eingabe des Verbandes reisender Kaufleute zu unterstützen.

* **Der Kongreß für innere Medizin.** Gestern vormittag wurde in Wiesbaden unter dem Vorsitz des Geheimen Rats Professor Schulze-Bonn der 24. Kongreß für innere Medizin eröffnet, verbunden mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Kongresses. Dem „Rhein. Kurier" zufolge sind etwa 400 Teilnehmer aus Deutschland und den meisten europäischen Ländern anwesend. Geheimrat v. Leyden begrüßte die Kongreßteilnehmer, die namens der Stadt Bürgermeister Heß willkommen hieß. Die Glückwünsche des Kriegsministeriums übermittelte Oberstabsarzt Dr. Roland, die des österreichischen Unterrichtsministeriums Hofrat Professor Dr. Ritter von Schrötter-Wien. Nachdem Geheimrat v. Leyden den Festbericht über die 25jährige Tätigkeit des Kongresses erstattet hatte, wurde in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten.

* **Die Bedingung für den Hamburger Friedensschluß.** In einem Briefe, den Generaldirektor Ballin im Namen des Hafenbetriebsvereins an den Reichstagsabgeordneten Dr. Heckscher als Vermittler zwischen beiden Parteien gerichtet hat, erklärt sich der Hafenbetriebsverein zu weiteren Verhandlungen unter der Voraussetzung bereit, daß die gesamten Hafenarbeiter (nicht nur die Schauerleute) von einer Teilnahme an der diesjährigen Maifeier absehen. — Diese Bedingung würde ganz willkürlich erscheinen, hätte nicht grade mit der vorjährigen Maifeier der Kampf im Hamburger Hafen seinen Anfang genommen. So steht sie in einem Zusammenhange mit der ganzen Entwicklung des Kampfes. Ob sie von den Hafenarbeitern akzeptiert werden wird, ist freilich eine andere Frage, denn die Annahme dieser Bedingung kommt dem Zugeständnis gleich, den Kampf verloren zu haben.

* **Die Versicherung der Privatangestellten.** Die Denkschrift der Reichsregierung über die Pensionsfrage der Privatangestellten ist das Thema eines Vortrages, welchen Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann auf Veranlassung des Sächsischen Landesverbands für staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten am Sonntag, den 21. d. M., vormittags 11 Uhr im Palmengarten, Pirnaische Straße zu Dresden, halten wird. Nach dem Vortrage findet freie Aussprache statt. Für die Chefs wird der Vortrag von genau so großem Interesse sein, wie für die Privatangestellten selbst. Jedermann ist freundlichst eingeladen. Nachmittags hat der Sächsische Landesverband im Palmengarten seine Vorstandssitzung.

* **Eine empfehlenswerte Lohnklausel.** Die „Sozialpol. Rundschau" tritt kürzlich dafür ein, daß bei uns, wie dies im Auslande schon längst geschehen sei, die staatlichen Behörden bei öffentlichen Verdingungen in die von ihnen vorgeschriebenen Bedingungen eine Vorschrift aufnehmen möchten, wonach die Entlohnung der Arbeiter nicht hinter den ortsüblichen und üblichen Zahlsätzen zurückbleiben dürfe. Dazu wird der „Köln. Ztg." geschrieben, daß eine derartige Vorschrift von den Militärbehörden (Artilleriewerkstätten, Feuerwerkslaboratorien usw.) schon seit Jahren bei ihren Ausschreibungen von Lieferungen gegeben werde. Die betreffende Klausel, die von dem um die Lieferung sich bewerbenden Unternehmer unterschrieben werden muß, lautet folgendermaßen:

Den in meinem Betriebe angestellten Arbeitern ist ein Lohnsatz gewährt, der es ihnen ermöglicht, einen Tagesverdienst zu erzielen, der nicht hinter dem ortsüblichen Durchschnittstagelohn für die in Betracht kommende Arbeitsart zurücksteht. Ich erkenne ausdrücklich an, daß die Abgabe dieser Erklärung die Voraussetzung für meine Zulassung zum Verdingungstermin bezw. zur Lieferung bildet.

* **Preußischer Landtag.** Das Abgeordnetenhaus setzt die zweite Lesung des Kultusetats beim Kapitel „höhere Lehranstalten" fort. Kultusminister v. Studt verliest zunächst eine Darlegung über den gegenwärtigen Stand der Reform des höheren Mädchenschulwesens (die wir schon an andrer Stelle mitteilten) und erklärt, in den höheren Mädchenschulen solle größeres Gewicht auf den Religionsunterricht gelegt werden, ferner sollen die Sprachen mehr gepflegt und neben Rechnen auch Mathematik getrieben werden. Nach dem Abschluß der höheren Mädchenschule solle sich die Fortbildungsschule einerseits für die allgemeine Weiterbildung und andererseits für die Vorbereitung für die Frauenberufe anschließen. Eine andere Fortbildungsschule (Lyzeum) solle die Mädchen für den späteren Beruf als Hausfrau vorbereiten. Daneben sollen sogenannte Studienanstalten mit Gymnasialunterricht geschaffen werden. Abg. Heydebrand (Kons.) erklärt die Forderung, den Mädchen eine höhere geistige Bildung zu gewähren, für durchaus berechtigt. Doch dürfe die Vorbereitung der Mädchen für ihren eigentlichen Beruf als Hausfrauen nicht vernachlässigt werden. Die Abgg. Dittrich (Ztr.), Rambohr (Natl.), Eickhoff (Frs. Vpt.) und Arendt (Freikons.) begründen gleichfalls die Reform der höheren Mädchenschulen und glauben, daß sie geeignet sei, unsere höheren Mädchenschulen mit neuem Geiste zu erfüllen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen sprechen sich mehrere Redner für die weitere Ausgestaltung der Reformschulen, namentlich in kleineren Städten, sowie für eine bessere Berücksichtigung des neusprachlichen und deutschen Unterrichts aus, worauf Kultusminister Dr. Studt erwidert, daß man jetzt mehr als früher bemüht sei, den Schülern im mündlichen Gebrauch der fremden Sprachen eine gewisse Fertigkeit zu geben. Die humanistischen Gymnasien gewährten unserer Jugend eine logische Schulung, um die uns das Ausland beneide. Um 4½ Uhr vertagt das Haus sodann die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. — Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beriet über die Frage, ob das Abgeordnetenhaus von der ihm durch das Landgericht Erfurt zugesprochenen Befugnis, das Urteil gegen die Schriftsteller Stange und Doornheim durch die Presse bekanntzugeben, Gebrauch machen solle. Die Debatte ergab Uebereinstimmung in bejahendem Sinne. Die Kommission beschloß, den Berichterstatter zu beauftragen, dem Plenum einen dahingehenden Antrag zu unterbreiten.

* **Kleine Nachrichten.** Die kaiserliche Jacht „Hohenzollern" ist gestern in Dienst gestellt worden. — Die Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha ist gestern in Saint Raphaël eingetroffen. — Vor der Posener zweiten Strafkammer wurde der Probst Hermanowski aus Chojnica wegen Vergehens gegen § 130a (Kanzelparagraph) und § 110 (Aufforderung zum Schulstreik) zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt. — Dr. Theodor Barth hat gestern die von ihm geplante Amerikafahrt angetreten. — In der am Mittwoch, 17. April, stattfindenden Landtagswahl im Kreise Niederbarnim ist Dr. Schepp, Erziehungsinspektor in Wedigarten, gemeinsamer Kandidat der Freisinnigen und Nationalliberalen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Der Ausgleich.** Aus Wien, 13. d. Mts., wird uns von unserem F.-Korrespondenten geschrieben: Die Ausgleichskonferenzen haben wieder eine Zeitlang in der österreichischen Residenz getagt; sie sind unterbrochen worden, da die österreichischen Minister den Kaiser nach Prag begleiten, und sie werden Ende dieses Monats in Pest fortgesetzt werden. Ehe man daran geht, den momentanen Stand dieser Lebensfrage für die alte habsburgische Monarchie zu skizzieren, sei zunächst kurz rekapituliert, um welche Materien sich der Streit dreht. Seit 1867, seit der Schöpfung des Dualismus, wurde alle zehn Jahre der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn erneuert, bis vor zehn Jahren ein Provisorium geschaffen wurde, eine materielle Fortdauer der Gesetzesbestimmungen mit einigen Aenderungen, ohne legislatorische Grundlage, nur mit Hilfe des Notparagraphen 14. Nun soll ein neuer Ausgleich geschaffen werden. Die Verhältnisse haben sich aber gründlich geändert. Von Ungarn aus. Dort herrscht die Unabhängigkeitspartei, dort regiert die Koalitionsregierung, und beide haben dem Lande versprochen, daß es bald die volle wirtschaftliche Selbständigkeit erhalten werde. Nun kann aber bis 1917, bis zum Ablauf der Handelsverträge, die Oesterreich-Ungarn als eine handelspolitische Einheit abgeschlossen hat, kein derartiger Schritt erfolgen. Die österreichische Volkswirtschaft aber mag nicht den alten Ausgleich, der für Ungarn günstiger ist, als für Cisleithanien, nicht bis 1917 in Kraft lassen, es mag nicht gewissermaßen zuschauen und helfen, daß sich Ungarn bis 1917 kräftigt, um dann selbständig rücksichtslos gegen Oesterreich loszugehen. Anderseits graut Ungarn jetzt selbst ein wenig vor der Selbstherrlichkeit, und es möchte den Rückhalt an Oesterreich behalten. So hat denn Franz Kossuth, der ungarische Handelsminister, den Vorschlag gemacht, nach 1917 die ungarische Selbständigkeit durch Errichtung von Zollschranken, durch Schaffung von Zwischenzöllen zwischen den beiden Reichshälften zu markieren, zugleich aber zu bestimmen, daß sich die beiden Reichshälften Präferentialzölle bewilligen. Diesem Vorschlage gelten die letzten Konferenzen in Wien. Wie verhält sich nun Oesterreich zu diesem Vorschlage? Die österreichische Regierung prüft ihn. Sie hat sich nicht engagiert, die Kammer auch nicht, ohne genau zu wissen, wie sich das neue Parlament, das am 14. Mai gewählt wird, dazu gestalten wird, und welches Urteil die Interessenten, Industrie und Ackerbau, darüber fällen. Dadurch entstand die Parole: Man suche einen langfristigen Ausgleich. Kein Zweifel, man kann einem derartigen Ausgleich oder Vertrag nur zustimmen, wenn er auf längere Zeit Oesterreich-Ungarn die politische Ruhe gibt. Entschieden ist noch gar nichts. Weder ein kurzfristiger, noch ein langfristiger. Darüber wird jetzt auf beiden Seiten beraten, und in Pest ist Fortsetzung. Wohlgemerkt Fortsetzung, denn es ist nicht anzunehmen, daß dann das Vertragsinstrument paragraphiert wird. Es ist auch nicht anzunehmen, daß in Pest beide Regierungen mit der Erklärung auseinandergehen werden, es gehe überhaupt nicht, einen Ausgleich zu schaffen. Eine praktische Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reichshälften ist eine Notwendigkeit, und sie muß gefunden werden, selbst wenn sie so schwer wäre, wie die Quadratur des Zirkels. Beide Teile brauchen sie, und die internationale Politik verlangt sie gebieterisch. Aber außerordentlich schwierig ist die Aufgabe zu lösen. Eines steht fest, eine Ueberrumpelung Oesterreichs durch Ungarn ist ausgeschlossen; Cisleithanien ist heute wirtschaftlich und politisch stärker als Ungarn, und es wird diesen seinen Vorteil auszunutzen wissen. Und das ist auch gut im Sinne der Großmachtstellung der Monarchie.

* **Betriebsbummelei im Ministerium.** In der „Neuen Fr. Pr." macht der Wiener Professor des österreichischen Verwaltungsrechtes Bernatzik auf einen großen Verstoß bei der Publikation eines vom Kaiser sanktionierten Gesetzes im Reichsgesetzblatt aufmerksam. Am 29. März d. J. wurde im Reichsgesetzblatt das Doppelsprachengesetz, das am 17. März vom Kaiser sanktioniert worden ist, mit der Unterschrift des Kaisers und der Genehmigung des Ministers publiziert. Bernatzik weist aber nach, daß dem Kaiser nicht das von den beiden Häusern des Reichsrates beschlossene Gesetz, sondern die ursprüngliche Regierungsvorlage, die durch Beschlüsse des Reichsrates mehrfach verändert worden ist, zur Unterzeichnung vorgelegt worden ist. Wer dieses Versehen verschuldet hat, ist noch nicht bekannt. Da keine gesetzliche Bestimmung über die Korrigierung eines solchen Irrtums vorhanden ist und offenbar noch niemand gewagt hat, den Kaiser hierüber aufzuklären, wurde nur der letzten Ausgabe des Reichsgesetzblattes der gültige Text des Gesetzes in Abdruck beigelegt und hinzugefügt, daß die Ausgabe vom 29. März als ungültig zu betrachten sei.

Frankreich.

* **Der Prozeß Jonin.** Die Presse erörtert sehr lebhaft die Gründe des im Prozesse des Abbé Jonin gefällten Urteils, in welchem das Trennungsgesetz als ein das Maß überschreitendes Ausnahmegesetz bezeichnet wird, indem es ein besonderes Delikt für die Priester schaffe, obgleich diese gerade durch die Wirkung dieses Gesetzes einfache Bürgerliche wie alle anderen geworden seien. Die regierungsfeindlichen Blätter erklären, daß durch das richterliche Erkenntnis nicht Abbé Jonin, sondern das Trennungsgesetz und Clémenceaus Vorgehen scharf verurteilt worden seien. Die radikalen Blätter meinen, daß die Richter sich gegen ein vom Parlament angenommenes Gesetz aufgelehnt und durch die lächerlich geringe Strafe die Geistlichkeit zur Verletzung des Trennungsgesetzes geradezu ermutigt hätten.

* **Das Fest der Jeanne.** Der radikale Bürgermeister von Orleans erläßt eine Erklärung, in der er lebhaft bedauert, daß das diesjährige Maifest zu Ehren der Jungfrau wegen des untersagten öffentlichen Aufzuges der Geistlichkeit seinen historischen Charakter einbüßen werde. Monsignore Touchet, Bischof von Orleans, beklagt gleichfalls, daß das Zeremoniell der seit 1429 in voller Pracht zum Ruhm der Stadt gebotenen Festlichkeiten aufgehoben wurde, vertraut aber auf die Zukunft.

* **Ausstands-Nachrichten.** Die aufständigen Bäcker hielten wieder eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, im Ausstande zu verharren. In Hyères sind die Bäcker ebenfalls in den Ausstand getreten.

Italien.

* **Das Konsistorium.** In dem gestrigen geheimen Konsistorium hielt der Papst eine Allokution, in der er an die letzte Feier der Passion Christi erinnerte, die er als ein Symbol der Kämpfe bezeichnete, die die Kirche unausführlich durchzumachen habe. Der Papst sprach sodann im besonderen von den Kämpfen, die gegenwärtig in Frankreich herrschen, und die ihm um so schmerzlicher seien, als er, der Papst, diese sehr edle Nation liebe und ihre Schmerzen und Freuden als die seinigen ansehe. Zum Gegensatz dazu seien in Frankreich die regierenden Männer nicht zufrieden damit, das Konkordat willkürlich abgebrochen, die Kirche gewaltsam beraubt und den wahren alten Ruhmestitel ihres Vaterlandes verkannt zu haben, bemüht, aus dem Herzen ihrer Mitbürger jeden Rest von Religion auszurotten, indem sie jegliche Aufsichtsführung beginnen, auch die, die der französischen Höflichkeit am meisten widerstrebe, dadurch, daß sie jedes private und öffentliche Recht verletzten, das Episkopat und die Geistlichkeit verleumdeten und versuchten, diese vom Heiligen Stuhl zu trennen und das gegenseitige Vertrauen zu erschüttern. Außerdem suchten sie mit offenbarem Sophismus die Institutionen und die Verwaltung des Landes mit ihrem Kriege gegen die Religion zu verquicken, um den Papst dann beschuldigen zu können, daß er die Form eines volkstümlichen Regierungssystems angreife, die dieser anerkennt und stets geachtet habe. Der Papst sprach dann seine Freude darüber aus, daß trotz dieser feindseligen Machenschaften unter den französischen Bischöfen die herrliche Eintracht untereinander und das Einverständnis des Klerus und der Gläubigen mit dem Päpstlichen Stuhle fortdauerten, was bessere Tage für die Kirche und Frankreich erhoffen lasse. Er werde in der Erfüllung seiner heiligen Pflicht zum Besten des von ihm geliebten Volkes nicht innehalten. Der Papst schloß: Dem Hasse werden wir die Liebe, dem Irrtum die Wahrheit, den Beleidigungen und Schmähungen Vergebung entgegenstellen und Gott bitten, daß die Feinde der Religion aufhören mögen, diese zu verfolgen, sowie daß, wenn die Freiheit der Kirche wieder hergestellt ist, alle, auch solche, die nicht Katholiken, aber Freunde der Zivilisation und der Rechtlichkeit sind, mit uns zusammen arbeiten zum allgemeinen Wohl und für das Glück ihres Vaterlandes. Im Konsistorium wurden zu Kardinälen ernannt: der Patriarch von Venedig Cavallari, die Erzbischöfe von Lucca Lorenzelli, von Pisa Maffi, von Palermo Lualdi, von Mechels Mercier, von Burgos Aguirre und der Nuntius in Madrid Rinaldini. Außerdem ernannte der Papst einige Bischöfe.

England.

* **Der Königsbesuch in Gakta.** (Privattelegramm unseres Londoner K-Korrespondenten.) Die englische Presse sieht Edwards Besuch in Gakta ziemlich überrascht gegenüber. Diplomatische Kreise sehen darin die erwartete Ergänzung zu des italienischen Königs gleichzeitiger Reise und die Krönung der seit zwei Jahren von Edward verfolgten Balkan-Politik infolge Italiens Rückversicherungswünsche für seine albanesischen Pläne und gegen Oesterreich dem englischen Ziel: der Verdrängung oder Abhaltung Deutschlands von einer Mittelmeerpolitik dienstbar gemacht werden dürften.

Das allernächste Ziel der englischen Orientpolitik scheint nach anderen Nachrichten die Kandidatur des Herzogs von Connaught für den serbischen Thron zu sein. Indessen haben bei der Verwirklichung solcher Pläne auch noch andere Leute als das Haus Italien-Montenegro mitzusprechen.

* **Die Kolonial-Konferenz.** Zur Kolonialkonferenz sind, ausgenommen Premier Bond aus Neufundland, sämtliche Teilnehmer angelangt. Botha hatte eine längere Besprechung mit Lord Elgin im Kolonialamt, wo später Sir Wilfrid Laurier aus Kanada eintraf. Alle Morgenblätter bemerken, die gegenwärtige Konferenz sei für den Fortbestand des Weltreichs entscheidend. — Die Kolonialkonferenz ist gestern vormittag 11 Uhr eröffnet worden. Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman, der in der Eröffnungssitzung den Vorsitz führte, begrüßte die auswärtigen Vertreter und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen zu nützlichen Ergebnissen führen würden. Nach einer Erwiderung seitens der kolonialen Vertreter hielt die Versammlung über die Geschäftsordnung.

* **Einkommensteuer.** Es ist guter Grund zu der Annahme vorhanden, daß Asquith bei der Vorlegung des Einnahmebudgets die Einkommensteuer nach dem Einkommen aus der persönlichen Arbeit und dem Einkommen aus Besitz differenzieren wird.

Dänemark.

* **Kein mare clausum!** Im Landsthing erklärte gestern der Minister des Aeußern in Beantwortung einer Anfrage, daß der dänische Gesandte in London zu den Aeußerungen in seinem Briefe an die „Times" vollständig berechtigt gewesen sei, indem er nur der Auffassung Ausdruck gegeben habe, die man bisher stets im dänischen Ministerium des Aeußern gehabt habe. Der Minister fuhr dann fort, er wolle nicht mehr darauf eingehen, wie der Traktat vom 15. März 1857 verstanden werden solle, oder welche Tragweite er habe. Aber dies habe ja an und für sich keine Bedeutung, da Dänemark immer anerkannt habe und fortfahren werde, geltend zu machen, daß nach den Bestimmungen des Völkerrechts die Passage durch die dänischen Durchfahrtsgewässer frei und offen für alle Schiffe sei.

Rußland.

* **Aus der Duma.** Die sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichsduma haben beschlossen, die Regierung wegen der Entsendung des Generals Baron Taube nach Polen zur Untersuchung der Gründe des dortigen Ausstandes, der einen vollständig barbarischen Charakter habe, zu interpellieren, weil diese Entsendung eine Intervention der Regierung in wirtschaftliche Verhältnisse bedeute.

Türkei.

* **Türkei und Japan.** Von gewisser politischer Wichtigkeit ist der bereits seinerzeit gemeldete Konstantinopeler Besuch des japanischen Prinzen Fushimi, der im Auftrage des Mikado Ende Mai in der türkischen Hauptstadt eintraf. Es ist der Besuch durch den Wunsch veranlaßt, die Verhandlungen wegen Etablierung einer japanischen Botschaft bei der Pforte zu beschleunigen. Da sich die Pforte bisher weigerte, Japan dieselben Ausnahmerechte wie anderen Großmächten einzuräumen, drohten die Verhandlungen in der letzten Zeit zu scheitern. — Selbstverständlich kann Japan von der Türkei nicht verlangen, in den Genuß der aus den „Kapitulationen" fließenden Rechte eingesetzt zu werden. Japan sollte im Gegenteil der Türkei bei Schaffung behilflich sein, welche auf die endliche Abschaffung dieses groben Unfugs gerichtet sind.

SLUB
Wir führen Wissen.